

# Beginn einer neuen geopolitischen Epoche unseres Kontinents

Vor der diesjährigen Bundesversammlung fand der 7. GSP-Sicherheitsdialog statt. Am 5. Mai 2022 trafen sich im Palais der KulturBrauerei in Berlin Sektionsleiter und Vorstand, sowie sicherheitspolitisch interessierte Gäste, um Bilanz zu ziehen und einen Blick in die Zukunft zu richten. Kersten Lahl, Vizepräsident der GSP, hatte dafür das Generalthema „Von Kabul bis Kyiv – Zeitenwende deutscher Sicherheitspolitik“ gewählt. Referiert und diskutiert wurden in drei Panels die Politikfelder: 20 Jahre in Afghanistan, Russlands Krieg gegen die Ukraine und die neue deutsche Sicherheitspolitik.

Seit dem 24. Februar ist Krieg in Europa. Mit dem Überfall auf die Ukraine führt Russland einen ruchlosen, durch nichts zu rechtfertigenden Angriffskrieg gegen seinen Nachbarn. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Zukunft Europas? Die Frage nach den Zielen Putins stand am Anfang des zweiten Panels. Nationalchauvinismus meint Rudolf Adam und empfiehlt „Clausewitz zu lesen“, denn Waffen sind Mittel zum Zweck. Für ein Kriegsende sieht er drei Optionen: ein Überleben der Ukraine ist ein Minimum, die Rückkehr zum „status quo ante“ des 23. Februar bzw. zum Februar 2014. Karl-Heinz Kamp weist auf die Zustimmung in Russland auf Putins Krieg hin. Da es keine freien Medien in Russland gibt, wird die Bevölkerung über staatlich dominierte Propaganda im Sinne des Kremls gelenkt. Sie ist geprägt von Anti-Amerikanismus und hat dadurch ihre Wirkung. Durch das Fehlen jeglicher Opposition ist gegen den herrschenden Regierungsapparat nicht anzukommen.

## Alte Falken haben das Sagen

Der Nationale Sicherheitsrat, dessen Vorsitzender Putin ist, besteht auch nur aus „Falken“, u. a. hat Nikolai Patruschew, ein alter Weggefährte Putins in dem Gremium, eine wichtige Stimme. Womit Putins Führungskader sicher nicht gerechnet hat, ist die Einigkeit des Atlantischen Bündnisses. Auch die demonstrativen Absichten von Finnland, Mitglied der Europäischen Union, das eine 1340 Kilometer lange Grenze mit Russland hat, und Schweden sich der NATO anzuschließen, wurde so sicher nicht erwartet. Auch innerhalb Deutschlands bringt die

von Bundeskanzler Olaf Scholz genannte „Zeitenwende“ politische Entscheidungen, die in den vergangenen Jahren nicht möglich gewesen wären. Auf einmal ist das Zwei-Prozent-Ziel für Verteidigungsausgaben kein endloses Diskussionsthema mehr, sondern wird im Haushalt festgeschrieben. Die Ampel-Bundesregierung entscheidet sich für die Einrichtung eines „Sondervermögens“ von 100 Milliarden Euro, um das „blank“ dastehende Heer, so sein Inspekteur, bzw. die Bundeswehr in Funktionsfähigkeit zu versetzen.

## Kaum Einblicke in das Machtgefüge

Das Gesamtziel der Bundesregierung in der augenblicklichen Kriegssituation ist allerdings noch nicht zu erkennen, meinte ein Panelteilnehmer. Auch der Diplomatie wird augenblicklich keine Chance eingeräumt, durch irgendeine Verhandlungslösung den Krieg zu beenden. Es wird ein langer Abnutzungskrieg werden, ein „Brutus“ ist nicht in Sicht. Über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Sanktionen durch die Europäische Union gibt es kein klares Lagebild. Es ist aber davon auszugehen, dass sie mit anhaltender Dauer die russische Wirtschaft und damit die Bevölkerung stark treffen werden. Inwieweit das dann Auswirkungen auf die Entscheidungen des Kremls haben wird, ist ungewiss.

## Waffenlieferungen an Ukraine

Ausgehend von den Konsequenzen des Ukrainekrieges und der damit einhergehenden von Bundeskanzler Scholz definierten

Zeitenwende, ergeben sich viele Fragen für die zukünftige Sicherheitspolitik Deutschlands. Die Entscheidung von Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet ist ein eklatanter Bruch mit bisheriger Philosophie. Die Streitkräfte so auszurüsten, dass sie ihren Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung wahrnehmen können ist eigentlich selbstverständlich, erforderlich ist aber auch eine strukturelle Anpassung. Das klassische Kriegsbild ist, wie die Gefechtshandlungen in der Ukraine zeigen, nicht verschwunden. Sicherergestellt werden muss, dass das Sondervermögen auch für seinen geplanten Zweck verwendet wird. Bei der angekündigten Zeitenwende ist dringend erforderlich und unumgänglich, dass die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit dahintersteht. Intensive Aufklärungs- und Informationsarbeit ist hier einzubringen. Die GSP kann mit ihren Sektionen einen effektiven Beitrag leisten. Aber nicht nur das, auch den häufigeren Einsatz von aktiven Generalen in den bekannten Talkshows zur Meinungsbildung der Bevölkerung, wünschte sich der Pensionär dieser Gruppe. Der aktive Uniformträger auf dem Podium nickte bei dieser Aussage. Warten wir die Umsetzung ab. Erinnert wurde, dass schon bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 der damalige Bundespräsident Joachim Gauck die Frage in den Raum stellte, ob Deutschland „die neuen Gefahren und die Veränderungen im Gefüge der internationalen Ordnung schon angemessen wahrgenommen habe“?

## Akut: Nationale Sicherheitsstrategie

Mit Spannung erwartet wurde der Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter, der

gerade von einem Informationsbesuch aus der Ukraine zurückgekommen war. Angesprochen auf die Zeitenwende meinte er, dass dies ein Spätzünder sei. Sie hätte schon in München ihren Anfang nehmen müssen als Gauck, Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen aufgetreten waren. Deutschland braucht eine Nationale Sicherheitsstrategie, in der Außenpolitik mahnt er Diplomatie und Härte an, und eine neue strategische Kultur muss die Zeitenwende abrunden. Das bedeutet u. a. eine neue Definition des Begriffs Reserve und damit verbunden der gemeinsamen Übungskultur von Zivil und Militär, Neubewertung der sogenannten Blaulichtorganisationen bis hin zu einer Allgemeinen Dienstpflicht. Eindrucksvoll berichtete der Abgeordnete von seiner 48-stündigen Reise, bei der auch Treffen mit Präsident Selensky, Vitali Klitschko und dem Bürgermeister von Irpin im Oblast Butscha, nordwestlich von Kiew, stattfanden. Die Orte wurden durch Kriegsverbrechen der russischen Soldaten weltweit bekannt. Etwa 13 Millionen Ukrainer sind auf der Flucht, davon sechs außerhalb und sieben innerhalb des Landes. Die Ukraine will auf keinen Fall Teil der Russischen Föderation werden. Sie möchte Sicherheitsgarantien durch die USA und Unterstützung durch schwere Waffen u. a. auch aus Deutschland.

### „Scheitern“ am Hindukusch

Eingeleitet wurde der Sicherheitsdialog mit dem schon etwas in Vergessenheit geratenen Auslandseinsatz in Afghanistan. Die Podiumsteilnehmer waren sich einig, das politische Fehler, wie beim Einsatz in Afghanistan, sich nicht wiederholen dürfen. Es hat keinen operativen Gesamtansatz für das Einsatzland gegeben und der eigenen deutschen Bevölkerung wurde auch nicht die Wahrheit über die Verhältnisse in Afghanistan gesagt. Der Feststellung der EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann „Nichts ist gut in Afghanistan“ kann allerdings nicht beieigepflichtet werden. Die Soldaten haben ihren Auftrag ausgeführt. Erforderlich ist die parlamentarische und ressortübergreifende Nachbereitung, um bei zukünftig anstehenden Auslandseinsätzen Fehler zu vermeiden. Das Parlament ist das der Gesellschaft schuldig, denn es hat die Soldaten mit der Begründung geschickt, dass „die Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt wird“!

Peter E. Uhde

### Dr. Hans-Peter Bartels neuer Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP)

Die Bundesversammlung, das höchste Beschlussorgan der GSP, wählte am 6. Mai in Berlin Dr. Hans-Peter Bartels zum neuen Präsidenten. Der ehemalige Wehrbeauftragte (2015-2020) wurde einstimmig zum Präsidenten der GSP gewählt. Damit erhielt er einen starken Vertrauensbeweis für seine zukünftige ehrenamtliche Tätigkeit der ältesten sicherheitspolitischen Gesellschaft in Deutschland. Sie wurde 1952 gegründet und feiert im Oktober in München ihr 70-jähriges Bestehen.

Hans-Peter Bartels wurde am 7. Mai 1961 in Düsseldorf geboren. Er studierte Politische Wissenschaften, Soziologie und Volkskunde an der Universität Kiel, an der er auch promovierte. Im September 1998 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt und war dort u. a. Vorsitzender des Verteidigungsausschusses bis zur Übernahme des Amtes als Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages.



Dr. Hans-Peter Bartels und Generalleutnant a. D. Jürgen Höche

Als Vizepräsidenten für die dreijährige Wahlperiode stehen ihm Kersten Lahl (Generalleutnant a. D./Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik 2008-2011), Dr. Peter Tauber (Parlamentarischer Staatssekretär a.D.), Dr. Reinhard Brandl (MdB), Dipl.-Informatiker Alexander Müller (MdB), Dipl.-Ing. Reiner Schwalb (Brigadegeneral a. D.) und Jessica Nies als Vertreterin der Jungen GSP zur Seite.

Der Zielgruppe Jugend gilt die besondere Aufmerksamkeit der GSP. Bei Vortragsveranstaltungen für Lehrer und Schüler in Schulen werden die Zusammenhänge von nationalen Sicherheitsinteressen, internationalen Sicherheitsrisiken und globalen Sicherheitsstrukturen erläutert.

Die rund 6.000 Mitglieder der GSP sind in 80 Sektionen über ganz Deutschland organisiert. Diese wiederum in sieben Landesbereiche und die selbstständigen Sektionen Bonn, Berlin und Brüssel. Mitglied in der GSP kann jede Bürgerin oder jeder Bürger werden, die/der sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung Deutschlands bekennt, die Notwendigkeit der allgemeinen Verteidigungsbereitschaft bejaht und bereit ist, an der Verwirklichung der Ziele der Gesellschaft mitzuarbeiten.

Für die Zukunft sieht Präsident Hans-Peter Bartels die GSP weiter als Mittler zwischen Politik und Gesellschaft. Mehr denn je gilt es, Bürgerinnen und Bürger über Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands durch eine sicherheitspolitische Debatte in der Gesellschaft weiter zu aktivieren. (Peter E. Uhde)